

Ordentliche Landesdelegiertenkonferenz Hagen 20.-22.3.2009

AntragstellerIn: Landesvorstand, Sylvia Löhrmann MdL,
Sigrid Beer MdL

TO-Gegenstand: **Bildung**



Antrags-Nr.:

B-1

Für das Recht auf die beste Bildung für alle

Bildungsoffensive NRW: Ein starkes Land braucht alle Talente

5

1. Neun Jahre PISA - vier Jahre schwarz-gelb in NRW: Unser Schulsystem bleibt ungerecht und leistungsfeindlich

10

Neun Jahre nach der ersten PISA-Studie und ihren ernüchternden Ergebnissen belegen internationale Vergleichsstudien immer wieder die Qualitätsmängel und die fehlende Chancengleichheit in unserem Bildungssystem. Die Leistungen der nordrhein-westfälischen Schülerinnen und Schüler sind unterdurchschnittlich; nur wenige erreichen Spitzenleistungen. Dagegen ist der Anteil der Jugendlichen dramatisch hoch, die nach der Schule nicht die Kompetenzen mitbringen, eine Ausbildung erfolgreich beginnen und abschließen zu können. Es ist ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass die Bildungschancen maßgeblich von der sozialen Herkunft abhängen und insbesondere die Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund erschreckend schlecht gelingt.

15

20

Ein Schulsystem, das soziale Ungleichheiten festigt oder gar verstärkt, verliert seine demokratische Legitimation. Den Schulen im vielgliedrigen Schulsystem gelingt es nicht, alle Kinder ihren individuellen Fähigkeiten gemäß optimal zu fördern. Damit werden persönliche Lebenschancen vertan. Es werden aber auch Potentiale vergeudet, auf die wir in unserer Demokratie mit Blick auf gesellschaftliche Teilhabe, auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Innovationsfähigkeit unseres Landes nicht verzichten können. In unseren Schulen können Kinder und Jugendliche ihre Potentiale nicht voll entfalten, damit ist unser gegliedertes Schulsystem nicht nur ungerecht, sondern auch leistungsfeindlich. Durch das Aussortieren und Aussondern werden Kinder und Jugendliche abgehängt und beschämt.

25

30

Die schwarz-gelbe Schulpolitik hat die Probleme unseres Bildungssystems weiter verschärft. Die zwangsweise Abschaffung der Grundschulbezirke verstärkt die soziale Spaltung, die verkorkste Schulzeitverkürzung produziert mehr Schulangst. Das Chaos beim Zentral-Abitur oder das Hickhack um die - pädagogisch sowieso unsinnigen - Kopfnoten zeigt, dass sich die Landesregierung von einer seriösen Bildungspolitik längst verabschiedet hat.

35

40

Die massive Chancenungleichheit in unserem Bildungssystem wird von der Landesregierung tatenlos hingenommen und damit festgeschrieben. Vor dem Hintergrund einer sich intensivierenden Diskussion um die Zusammenführung der verschiedenen Bildungsgänge im Rahmen von Gemeinschaftsschulen hat die CDU eine unverantwortliche Blockadehaltung eingenommen und sich komplett in die

Schützengräben längst vergangener Schulkämpfe der siebziger Jahre verbarrikiert.

Die FDP will die Ellenbogenmentalität ihrer Wirtschaftspolitik auch auf Schulen übertragen. Aber Schulen erziehen und bilden Kinder und Heranwachsende, sie sind keine Unternehmen, die man im freien Wettbewerb aufeinanderhetzen kann. Der Vorschlag der FDP für eine "Regionale Mittelschule" ist durchsichtig. Es geht ihr mitnichten um die Probleme der Schülerinnen und Schüler an Hauptschulen. Die FDP zielt auf eine Zwei-Klassen-Bildung. Sie unterstützt elitäre Privatschulen, koppelt das Gymnasium von qualitativer Schulentwicklung ab, will den Gesamtschulen die Oberstufen nehmen und schafft mit ihrer schlichten Zusammenlegung von Haupt-, Real- und Gesamtschulen eine neue Schule zweiter Klasse.

Bezeichnender Weise wird die Problematik der Förderschulen systematisch in den Bildungsdebatten ausgeblendet. Dabei sprechen Studien auch hier eine klare Sprache. Trotz der ausgezeichneten pädagogischen Arbeit vieler Förderschulen, die mit ihren Konzepten individueller Förderung wegweisend für die Regelschulen sein sollten, führt der Besuch einer Förderschule nicht dazu, dass sich der Entwicklungsabstand der Förderschülerinnen und Förderschülern zu den Kindern in der Regelschule verkleinert; das Gegenteil ist der Fall. Die Förderschulen sind "Schonraumfallen".

All das zeigt: Wer die Leistungsfeindlichkeit und die soziale Ungerechtigkeit im Schulsystem wirklich ändern will, muss Schule von Grund auf neu denken. Wir brauchen endlich einen Aufbruch in ein gerechtes und leistungsorientiertes Bildungssystem. Als GRÜNE wollen wir die Perspektive des Schulsystems verändern: Nicht die Frage, ob das Kind zur Schule passt, darf länger im Vordergrund stehen. Unsere Frage lautet: Welche Schule brauchen Kinder, um in einer Wissensgesellschaft die optimale individuelle Förderung zu erhalten und für die Zukunft gerüstet zu sein?

2. Die Schule der Zukunft: Vielfältig – leistungsfähig - gerecht

I. Die Zukunft der Schule beginnt jetzt

Es ist Zeit für eine echte Bildungsoffensive in Nordrhein-Westfalen. Unsere Schulen müssen sich konsequent auf individuelle Förderung statt Aussortieren umstellen. Die skandinavischen Länder machen vor, dass Chancengleichheit und bessere Leistungen die beiden Seiten einer Medaille in einem integrativen Schulsystem sind.

Als Grüne wollen wir Schulen, in denen kein Kind beschämt und zurückgelassen wird. Die Vielfalt und die Verschiedenheit sind eine Chance für den Bildungserfolg für alle Schülerinnen und Schüler. Die Wertschätzung jedes einzelnen Schülers und jeder einzelnen Schülerin und die produktive Arbeit mit einer heterogenen Lerngruppe sind die Grundlagen jeder individuellen Förderung. Die gute Schule zeichnet sich deshalb durch eine Kultur der Anerkennung und Wertschätzung von Verschiedenheit aus. Wir haben einen ganzheitlichen und umfassenden Bildungsbegriff, der Bildung auch jenseits der ökonomischen Verwertbarkeit als einen Wert an sich sieht. Kinder sollen nicht nur „Lesen, Schreiben, Rechnen“ lernen, sondern auch singen, musizieren, malen, sich bewegen und viele mehr; kurz: lernen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen.

II. Unser Ziel: Eine leistungsfähige Schule für alle Kinder

Das vielgliedrige Schulsystem ist schon lange an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die starken noch die schwachen Schülerinnen und Schüler so wie es nötig und möglich wäre. Die frühe und meist endgültige Trennung der Kinder in die verschiedenen Schulformen wird zunehmend von den Eltern nicht mehr akzeptiert. Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren neunjähriger Kinder zu erreichen, sondern nur durch eine neue Lernkultur. Es kommt darauf an, eine neue Lernkultur mit einer förderlichen neuen Schulstruktur zu verbinden. Individuelle Förderung, nicht mehr das Aussortieren muss die Schule prägen. Das Ziel der Schulentwicklung ist der Abbau aller Lernbarrieren und eine gemeinsame Schule aller Kinder bis zum Ende der Pflichtschulzeit. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil anbietet, schließt sich an.

Wenn wir als Grüne von einer Schule für alle Kinder sprechen, schließt dies Kinder und Jugendliche mit Behinderung ausdrücklich ein. Wir streben ein inklusives Schulsystem an, wie es auch von der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung eingefordert, in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen aber noch nicht einmal in den Grundzügen umgesetzt wird. Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung müssen als ersten Schritt endlich einen Rechtsanspruch auf gemeinsamen Unterricht in allen Schulstufen und Schulformen haben.

Ein integratives Schulsystem kann nur von unten und mit einer größtmöglichen Einbindung der Beteiligten vor Ort wachsen. Ein integratives Schulsystem kann nicht entstehen, indem eine Landesregierung einen Schalter umlegt; vielmehr setzen wir auf eine Prozess, der von den Kommunen ausgeht. Wir sind uns sicher: Wenn die bestehenden zentral vorgegebenen Schranken der Schulformen geöffnet werden, dann wird das verkrustete Schulsystem in NRW aufgrund des demographischen Wandels, des Schulwahlverhaltens der Eltern und der zunehmenden kommunalpolitischen Bedeutung zu einem System mit längeren gemeinsamen Lernwegen verändern. Unsere Zielperspektive ist ein Schulsystem, das nicht aussondert. Statt die Schlachten der Vergangenheit zu schlagen, machen wir pragmatische Schulentwicklung möglich. Wir spielen die Schulformen nicht gegeneinander aus, sondern brauchen die Stärken aller Schulformen in der neuen Schule, damit sie für alle Kinder wirksam werden können. Wir wollen jedes Jahr mindestens zehn Prozent der Schulen gewinnen, sich auf den Weg zur neuen Reformschule zu machen. Den Prozess hin zu einem integrativen Schulsystem wollen wir aktiv unterstützen. Zentral sind folgende Maßnahmen:

- **Wir lassen die Schule im Dorf und stärken die Rolle der Kommunen in der Schulentwicklung**

Die nordrhein-westfälischen Kommunen haben in den vergangenen Monaten eindrücklich dokumentiert, dass sie ihre Verantwortung in der Bildungspolitik wahrnehmen und angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen auch ausbauen wollen. Neben dem Interesse vieler Städte und Gemeinden an der besten Bildung für ihre Kinder und Jugendliche stehen viele Kommunen auch aufgrund sinkender Schülerzahlen unter Druck. Ohne ein Aufbrechen des starren gegliederten Schulsystems werden viele Gemeinden vor der Schließung ihrer letzten weiterführenden Schule stehen - mit gravierenden Folgen für die betroffenen Kommunen, die an Attraktivität, Lebensqualität und wirtschaftlicher Zukunftsfähigkeit verlieren. Deshalb hat in den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens die Weiterentwicklung des Schulsystems längst begonnen: Mit ihrem Antrag auf Einrichtung einer Gemeinschaftsschule nach schleswig-holsteinischen

160 Vorbild, die von den Eltern und der örtlichen Wirtschaft unterstützt wird, sind die
 CDU-geführten Gemeinden Horstmar und Schöppingen zum Flaggship einer
 kommunalen Bewegung für bessere Schulen geworden. Andere Gemeinden
 stehen in den Startlöchern und wollen möglichst durchlässige Verbundschulen
 165 oder Gemeinschaftsschulen gründen. Wir Grüne wollen den Kommunen die
 Möglichkeit geben, in Absprache mit den örtlichen Schulen über die
 organisatorische und pädagogische Zusammenführung aller weiterführenden
 Bildungsgänge selbst zu entscheiden. Nur so kann NRW die Schule im Dorf lassen
 und gewährleisten, dass vor Ort ein vollständiges wohnortnahes Schulangebot mit
 170 allen Bildungsabschlüssen erhalten bleibt. Wer das Gymnasium von Verbänden
 ausschließt, behindert gymnasiale Bildung gerade im ländlichen Raum und
 verhindert die qualitative Schulentwicklung, die in NRW erforderlich ist.

- **Wir unterstützen Schulen, die integrativ arbeiten, und statten sie besonders aus**

175 Schulen, die alle Bildungsgänge des heutigen gegliederten Schulsystems
 organisatorisch und pädagogisch in sich vereinen und die ausgehend von der
 Wertschätzung der Vielfalt ihrer Schülerinnen und Schüler integrativ arbeiten,
 müssen für diese Leistung besonders ausgestattet und unterstützt werden. In
 180 diesen Schulen soll es daher keine Klassen mit mehr als 25 Schülerinnen und
 Schülern geben. Die Grundschule ist schon heute - abgesehen von den
 Schülerinnen und Schüler, die Primarbereich der Förderschulen unterrichtet
 werden - weitgehend eine Schule für alle Kinder. Die Ergebnisse der IGLU-Studie
 185 dokumentieren, dass am Ende der gemeinsamen Grundschulzeit sowohl gute
 Leistungen als auch ein weit weniger stark ausgeprägter Zusammenhang von
 Bildungserfolg und Herkunft erreicht werden kann. Die nordrhein-westfälischen
 Grundschulen müssen in dieser erfolgreichen Arbeit unterstützt werden. Daher soll
 es in den Grundschulen keine Klasse mit mehr als 23 Kindern mehr geben.

- **Wir wertschätzen die Arbeit der Gesamtschulen und unterstützen Neugründungen**

190 Auf dem Weg zu einem integrativen Schulsystem haben die Gesamtschulen ihren
 fest Platz und ihren Wert. Wie die Grundschulen sind sie Vorreiter bei der
 Umsetzung und Erprobung von Unterrichtsformen, die integratives Unterrichten
 195 und eine gezielte Leistungsförderung von Kindern mit unterschiedlichen
 Begabungen ermöglichen. Als Grüne drücken wir unsere hohe Wertschätzung für
 die nachgewiesenen besonderen Leistungen der Gesamtschulen aus, denen es
 gelingt, insbesondere Schülerinnen und Schüler aus bildungsfernen Familien
 200 und/oder mit Migrationshintergrund zum Abitur zu führen. Da immer mehr Eltern
 ihren Kindern Chancen offen halten wollen oder das Turbo-Abitur am Gymnasium
 ablehnen, wird die Gesamtschule immer beliebter. Schon in den vergangenen
 Jahren konnten fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die an
 Gesamtschulen angemeldet wurden, beim Übergang zur weiterführenden Schule
 205 keinen Platz an einer Gesamtschule finden. Hier wird das Elternwahlrecht mit
 Füßen getreten. Der Neugründung von Gesamtschulen dürfen keine weiteren
 Steine in den Weg gelegt werden. Seit der Regierungsübernahme haben CDU
 und FDP die Arbeitsbedingungen der Gesamtschulen immer weiter verschlechtert
 und die Leistungen der Gesamtschulen - insbesondere im Zentralabitur - zu
 210 Unrecht abgewertet und diffamiert. Es ist politisch unverantwortlich, die
 Gesamtschulen auf kaltem Wege abzuschaffen. Wir Grüne wollen stattdessen die
 Erfahrungen aus der bisher geleisteten Schulentwicklung an Gesamtschulen, etwa
 im Bereich Ganztage und individuelle Förderung nutzen, um die neue Reformschule
 aufzubauen.

215

3. Unterrichtsqualität und Schulstruktur: Zwei Seiten einer Medaille

220 Insbesondere die CDU verweigert sich jeder Diskussion um die Struktur des
 nordrhein-westfälischen Schulsystems mit dem Argument, bessere Leistungen und
 mehr Chancengleichheit wären ausschließlich durch einen besseren Unterricht zu
 erreichen, die Schulstruktur sei irrelevant. Diese Argumentation verkennt die
 225 Schulwirklichkeit. Im gegliederten Schulsystem müssen die Kinder zur jeweiligen
 Schule passen. In der Folge täuscht das gegliederte Schulsystem eine
 leistungshomogene Schülerschaft vor, die aus Sicht der Lehrkraft vorwiegend im
 "Gleichschritt" durch den Unterricht gebracht werden kann. So müssen sich die
 Schülerinnen und Schüler dem System anpassen - eine Praxis, die uns jährlich
 230 viele Schulversagerinnen und Schulversager, viele Klassenwiederholungen und
 Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss beschert. Erst ein längeres
 gemeinsames Lernen aller Kinder führt bei Lehrkräften zur konsequenten
 Anwendung individualisierenden Unterrichts, in dem die Schülerinnen und Schüler
 in sozialer Gemeinschaft, aber in vielfach unterschiedlichem Tempo und auf
 235 unterschiedlichen Wegen lernen, um die individuell best mögliche Qualifikation zu
 erreichen. Lehrkräfte müssen ihren Unterricht ändern, wenn sie die Schülerinnen
 und Schüler nicht erreichen, denn keine Schülerin und kein Schüler kann mehr
 nach "unten" abgegeben, kein "Problem" an eine andere Schulform verschoben
 werden. Wir stellen die Kinder in den Mittelpunkt. Mit den Grünen gilt: Nicht die
 Kinder müssen zur Schule passen, sondern die Schule zu den Kindern.

240

4. Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht

245 Der Unterricht an den nordrhein-westfälischen Schulen muss so gestaltet werden,
 dass leistungsstarke und leistungsschwächere Schülerinnen und Schüler
 entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert werden, damit sie ihre Bildungspotentiale
 voll ausschöpfen können. Jeder Unterricht ist individuelle Förderung. Deshalb
 muss er geprägt sein von Methodenvielfalt, eigenverantwortlichen Lernprozessen
 250 der Schülerinnen und Schüler sowie einem neuen Rollenverständnis der Lehrkräfte
 als Expertinnen und Experten für das erfolgreiche Lernen. Neue Formen der
 Leistungsbewertung und eine qualifizierte Feedback-Kultur beziehen zudem die
 Eltern mit ein. Ohne - oder gar gegen - die Lehrerinnen und Lehrer wird der Weg
 zur einen Schule für alle Kinder aber nicht gelingen können. Die
 255 Weiterqualifizierung und Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ist daher ein
 zentraler Baustein im Prozess der Umgestaltung unseres Schulsystems. Durch
 einen auf den Umgestaltungsprozess bezogenen Innovationsfonds wollen wir den
 Schulen, die sich auf den Weg zur neuen Schule machen, mit gezielten
 Fortbildungs- und Qualifizierungsmitteln unterstützen. Wir wollen den Schulen
 außerdem mehr Unterstützung durch multiprofessionelle Teams mit sonder-,
 260 sozialpädagogischen und schulpsychologischen Fachkräften geben.

5. Mehr Verantwortung - mehr Freiheit für die Kommunen und die einzelnen Schulen

265 Mit dem von uns Grünen initiierten Modellvorhaben "Selbstständige Schule" hat
 das Land NRW einen bundesweit beachteten und oft kopierten Innovationsprozess
 auf den Weg gebracht. Den daran beteiligten Schulen wurden weitgehende
 Freiheiten in organisatorischen und pädagogischen Fragen eingeräumt. Die
 270 begleitenden Untersuchungen haben die Erfolge nachdrücklich bestätigt: Die
 Schulen sind leistungsfähiger geworden und die Schülerinnen und Schüler wurden
 zu besseren Leistungen befähigt. Doch statt die positiven Ergebnisse des
 Modellvorhabens in die Fläche zu übertragen und allen Schulen zugänglich zu
 machen, lassen CDU und FDP sie in der Schublade verschwinden. Pädagogische
 275 Freiheit wird den Schulen nicht eingeräumt. Dies ist vor dem Hintergrund der von

280 der Kultusministerkonferenz verabschiedeten und auch in Nordrhein-Westfalen umgesetzten Bildungsstandards für den Mittleren Bildungsabschluss, vor dem Hintergrund der zentralen Abiturprüfungen, den Lernstandserhebungen und den Schulinspektionen nicht nachzuvollziehen. Die Schulen brauchen klare, vom Land gesetzte Rahmenbedingungen und Zielsetzungen, aber gleichzeitig die Freiheit der Wege, diese Ziele zu erreichen. Grüne Freiheit war gestern; schwarz-gelbe Gängelung ist heute - das wollen wir ändern.

285 Die nordrhein-westfälische Schulpolitik muss auf den Ausbau der Handlungsmöglichkeiten der Kommunen und deren Nähe zu den lokalen und regionalen Besonderheiten und Herausforderungen setzen. Eltern, Schülerinnen und Schülern sollen dabei mehr direkte Mitspracherechte bekommen und sich stärker als bisher in „ihrer“ Schule engagieren können. Die Wiedereinführung der von CDU und FDP abgeschafften Drittelparität in der Schulkonferenz ist für uns
290 eine Selbstverständlichkeit.

295 Die Zuständigkeiten zwischen Land, Kommune und Schulen, neue Mitwirkungsregelungen in der Schule und eine stärkere Einbindung der Schulen in die kommunale Verantwortung müssen neu geregelt und verteilt werden. Kern einer Reform muss eine Steuerung sein, die sich konsequent an der Qualität des Lernens und an der Wirksamkeit schulischer Lern- und Entwicklungsprozesse orientiert. Kleinteilige und detailversessene Erlasse und Verordnungen brauchen unsere Schulen nicht.

300 Die neuen Zuständigkeiten müssen sich daran orientieren, dass die Festlegung zentraler Rahmenbedingungen dem Land obliegt: u.a. gesetzliche Regelungen, Bildungsstandards, Kerncurricula, der Inhalt zentraler Prüfungen und Erhebungen, Vorgaben für die Qualitätsstandards der Lehrerausbildung, die Qualitätsanalyse
305 sowie für die finanzielle Ausstattung der Kommunen für den Schulbereich. Es ist weiterhin die Aufgabe des Landes, die grundlegende Schüler-Lehrer-Relation festzulegen und darüber hinaus den Kommunen zusätzliche Stellen auf der Grundlage eines transparenten Sozialindexes zur Verfügung zu stellen. Die Aufgaben der Bezirksregierungen im Schulbereich werden entsprechend verlagert.

310 Die Kommunen sollen unter anderem für die regionale Bildungsplanung einschließlich der Entscheidung über die Zusammenführung unterschiedlicher Bildungsgänge, für die Schulbudgets und die Schulgebäude zuständig sein. Bezogen auf die Kommunen bietet sich ggf. eine stärkere Zuständigkeit der Kreise für die Schulen der Sekundarstufe II sowie der Gemeinden für die Primarstufe und
315 die Sekundarstufe I an. Kreisfreie Städte hätten entsprechend die Zuständigkeiten sowohl der Kreise als auch der Gemeinden inne. Die Zuständigkeit der Einzelschule soll unter anderem die Einstellung des Personals, die Unterrichtsorganisation und -gestaltung, die Stundentafel und das Differenzierungsangebot sowie die Bildung von Lerngruppen umfassen. Analog zur Neuordnung der Zuständigkeiten ist die Mitwirkung und Beteiligung des schulischen Personals einschließlich der Vertretungen der Schwerbehinderten und Gleichstellungsbeauftragten auf der jeweiligen Ebene sowie die Verwaltungsunterstützung zu regeln.

325 **6. Ganztag für alle - gelingendes Lernen braucht Zeit**

330 Ganztagsschulen sind für eine neue Kultur des Lernens besonders geeignet. Sie bieten mehr Zeit und Raum für individuelle Förderung und für eine neue Rhythmisierung des Unterrichts. Ganztagsschulen müssen aber hohen Qualitätsanforderungen genügen. Obwohl in den vergangenen Jahren in Nordrhein-Westfalen viel in den Ausbau der Ganztagsschulen investiert worden ist,

sind weitere Anstrengungen dringend notwendig, um die Qualität der vielfältigen Angebote zu verbessern.

335

Die von rot-grün eingeführte offene Ganztagschule hat sich ausgezeichnet etabliert. In vielen Kommunen sind mittlerweile sämtliche Grundschulen zu offenen Ganztagschulen ausgebaut worden. An den meisten Schulen besteht die Trennung zwischen dem Unterricht am Morgen und den außerunterrichtlichen Angeboten am Nachmittag aber weiter fort. Über neue Präsenzzeitregelungen für die Lehrkräfte mit entsprechenden Arbeitsplätzen in den Schulen, und neue Rhythmisierungsmodelle für den Schultag muss nun auf eine stärkere Verzahnung und die Weiterentwicklung zu gebundenen Ganztagschulen im Primarbereich hingearbeitet werden. Perspektivisch müssen die Elternbeiträge in der offenen Ganztagschule abgeschafft werden. Denn die offene Ganztagschule ist weit mehr als Betreuung und die Bildung der Grundschul Kinder soll ihre Eltern nichts kosten. Es ist zudem nicht akzeptabel, dass Eltern von Grundschulkindern Beiträge in den Ganztagschulen zahlen, während der Ganztag an den weiterführenden Schulen ohne Elternbeiträge angeboten wird.

340

345

350

Die Bemühungen der Landesregierung beim Ganztagsausbau der weiterführenden Schulen bleiben weit hinter den Erwartungen der Eltern und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zurück. Der Ausbau zur gebundenen Ganztagschule muss allen weiterführenden Schulen ermöglicht werden. Hierfür muss das Land nicht nur das Personal Lehrerstellen, sondern auch ein Investitionsprogramm analog zum mittlerweile ausgelaufenen Bundesprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" zur Verfügung stellen. Die spezifische Schularchitektur muss endlich eine eigenständige Bedeutsamkeit erfahren und die Qualität der Räume muss bei Neubauten und Sanierungen eine besondere Rolle spielen, damit Schulen zu lebenswerten Orten werden.

355

360

Lernen macht hungrig - Schulessen für alle Kinder

Der Ganztag an einer immer größer werdenden Anzahl von Schulen sowie auch sozialpolitische Gründe machen es erforderlich, dass es an allen Schulen eine Mittagsmahlzeit gibt. Wir wollen das Recht auf eine warme Schulmahlzeit im Schulgesetz verankern. Um sicherzustellen, dass kein Kind aus finanziellen Gründen von der Schulmahlzeit ausgeschlossen wird, soll das Land vordringlich die Kosten für Kinder aus armen Familien, d.h. Familien, die Arbeitslosengeld II, Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz oder Wohngeld beziehen, übernehmen.

365

370

7. Schulzeitverkürzung: Ohne Druck und Turbo-Abi

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat mit ihrem Modell der Schulzeitverkürzung in der Sekundarstufe I - dem so genannten "G 8" - den Druck an den Gymnasien massiv erhöht und zugleich die Durchlässigkeit nach oben zwischen den Schulformen faktisch unmöglich gemacht. Schon die jüngeren Schülerinnen und Schüler haben deutlich mehr Unterricht als früher; oft bis in den späten Nachmittag hinein. Für Hobbys, für persönliche Interessen, ehrenamtliches Engagement und Freunde bleibt da kaum Zeit. Schulangst und psychosomatische Erkrankungen nehmen zu - das darf nicht sein. Die weiterführenden Schulen müssen zu echten Ganztagschulen ausgebaut werden. Im Ganztag muss Zeit und Raum für nicht unterrichtliche Aktivitäten, für Hobbys, Freunde und auch für nicht verplante Freizeit sein.

375

380

385

Als Grüne stehen wir für ein Organisationsmodell der Schulzeitverkürzung, das den unterschiedlichen Lerngeschwindigkeiten und Entwicklungsschritten von Kindern und Jugendlichen Rechnung trägt und daher eine Flexibilisierung von Lernzeiten ermöglicht. Der zwölfjährige Weg zum Abitur kann der Regelfall sein, es

390

muss aber weiterhin möglich sein, auch nach dreizehn Jahren zum Abitur geführt zu werden. Unverzichtbar ist auch eine Verständigung über die Inhalte einer zukunftsfähigen Bildung und die gesellschaftlich erforderlichen Schlüsselkompetenzen.

395

8. Bildungsoffensive NRW: Denn Zukunft ist jetzt!

Für uns Grüne sind bessere Leistungen und mehr Chancengleichheit im Bildungssystem die beiden Seiten einer Medaille. Nur durch das längere gemeinsame Lernen aller Kinder, durch eine neue Kultur der Wertschätzung von Verschiedenheit und einen individualisierten Unterricht können wir unsere Schulen fit für die Zukunft machen. Dabei wollen wir die eine Schule für alle Kinder von unten wachsen lassen und setzen auf die Kooperation aller Beteiligten vor Ort. Schulkämpfen aller Art erteilen wir ebenso eine klare Absage wie der Blockadehaltung der derzeitigen Landesregierung. Wir Grüne stehen für eine gelingende Schulentwicklung, die die Menschen überzeugt und mit auf den Weg nimmt. Die längst überfällige Bildungsoffensive NRW machen wir zu einem zentralen Thema der anstehenden Wahlen, insbesondere der Kommunal- und Landtagswahl. Eine gute Schule ist nur mit uns Grünen zu haben. Wir sind Garanten für diesen neuen Weg. Wir sind Garanten, keine Zeit zu verlieren - denn: Zukunft ist jetzt!

400

405

410

415

Weitere AntragstellerInnen:
Babara Behr, KV Krefeld
Erhard Demmer, KV Neuss
(SprecherInnen LAG Bildung)